

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 06 66 848-48 ppbn d

Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB,
Bundesminister der Justiz,
würdigt die Enzyklika des
Oberhauptes der katholi-
schen Kirche, Johannes
Paul II.

Seite 1/3

Peter Reuschenbach MdB,
stellvertretender Vor-
sitzender des Bundestags-
ausschusses für Wirtschaft
zieht eine Untersuchung
des Industrie-Instituts
heran, um mit der "Mär
vom Ersticken der Investi-
tionsfähigkeit und -wil-
ligkeit durch soziallibe-
rale Machenschaften" auf-
zuräumen.

Seite 4

Horst Grunenberg MdB, Vor-
sitzender der Arbeitsgrup-
pe Seerecht der SPD-Bun-
destagsfraktion, fordert
durch Forschung die Meere
der Menschheit dienlich
zu machen.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 06 11

34. Jahrgang / 55

20. März 1979

Ermütigung und Ermahnung

Zur Enzyklika "Redemptor hominis" von Papst Johannes Paul II.
Von Dr. Hans-Jochen Vogel,
Bundesjustizminister und SPD-Präsidiumsmitglied.

Mit Recht hat die erste Enzyklika des neuen Papstes sogleich nach ihrer Veröffentlichung große Aufmerksamkeit und ein lebhaftes Echo gefunden. Beides gilt dem Mann, der sich hier geäußert hat und von dem die Welt schon wenige Monate nach Beginn seines Pontifikats weiß, daß er über die Grenzen seiner Kirche hinaus zur Menschheit zu sprechen vermag. Beides gilt aber auch dem Text seines Sendschreibens, und das mit gutem Grund. Denn schon die erste Lektüre zeigt, daß es sich um ein Dokument von hohem Rang handelt.

Da findet sich kaum ein Gemeinplatz, kaum eine der unverbindlichen Gedankenschablonen, an denen wahrlich kein Mangel ist. Da redet einer, der als Christ und auf Grund seines eigenen Lebensweges sich seiner Sache sicher ist, der Welt ins Gewissen. Durch alle Gesellschaftsordnungen und Systeme hindurch geht sein Anruf an die Menschen; nicht nur an die Mächtigen, nicht nur an die Gläubigen seiner Kirche, sondern an die Völker und an jeden einzelnen.

Viele Aussagen der Enzyklika sind auch für die gesellschaftliche und politische Diskussion in unserem Land von unmittelbarer Bedeutung. Einige Zitate machen das besonders deutlich. So heißt es in der Enzyklika unter anderem:

Zur technischen Entwicklung:

"Der Mensch von heute scheint immer wieder von dem bedroht zu sein, was er selbst produziert, das heißt vom Ergebnis der Arbeit seiner Hände und noch mehr vom Ergebnis der Arbeit seines Verstandes und seiner Willensentscheidung...

Hieraus scheint das wichtigste Kapitel des Dramas der heutigen menschlichen Existenz in seiner breitesten und universalsten Dimension zu bestehen. Der Mensch lebt darum immer mehr in Angst. Er befürchtet, daß seine Produkte, natürlich nicht alle und auch nicht die Mehrzahl, aber doch einige und gerade jene, die ein beträchtliches Maß an Genialität und schöpferischer Kraft enthalten, sich in radikaler Weise

gegen ihn selbst kehren könnten; er fürchtet, sie können Mittel und Instrumente einer unvorstellbaren Selbstzerstörung werden, von der alle Katastrophen der Geschichte, die wir kennen, zu verblässen scheinen."

Zur Frage unseres Umgangs mit der Umwelt und der Natur:

"Wir scheinen uns heute wohl der Tatsache mehr bewußt zu sein, daß die Nutzung der Erde, jenes Planeten, auf dem wir leben, eine vernünftige und gerechte Planung erfordert. Gleichzeitig aber bewirken diese Nutzung zu wirtschaftlichen und sogar militärischen Zwecken, diese unkontrollierte Entwicklung der Technik, die nicht eingeordnet ist in einen Gesamtplan eines wirklich menschenwürdigen Fortschritts, oft eine Bedrohung der natürlichen Umgebung des Menschen, sie entfremden ihn in seiner Beziehung zur Natur, sie trennen ihn von ihr ab. Der Mensch scheint oft keine andere Bedeutung seiner natürlichen Umwelt wahrzunehmen als alleine jene, die den Zwecken eines unmittelbaren Gebrauchs und Verbrauchs dient. Dagegen war es der Wille des Schöpfers, daß der Mensch der Natur als 'Herr' und besonnener und weiser 'Hüter' und nicht als 'Ausbeuter' und skrupelloser 'Zerstörer' gegenübertritt."

Zum Verhältnis von Technik und Ethik:

"Der zentrale Sinn dieser 'Königswürde' und dieser 'Herrschaft' des Menschen über die sichtbare Welt, die ihm vom Schöpfer als Aufgabe anvertraut worden ist, besteht im Vorrang der Ethik vor der Technik, im Primat der Person über die Dinge in der Überordnung des Geistes über die Materie."

Zum wirtschaftlichen Wachstum:

"Das notwendige wirtschaftliche Wachstum mit seinen ihm eigenen Gesetzmäßigkeiten muß in die Perspektive einer ganzheitlichen und solidarischen Entwicklung der einzelnen Menschen und Völker einbezogen werden, wie uns mein Vorgänger Paul VI. in der Enzyklika *Populorum Progressio* mit Nachdruck in Erinnerung gerufen hat. Sonst wird der Teilbereich 'wirtschaftlichen Wachstums' so übermächtig, daß er den gesamten Bereich des menschlichen Lebens seinen partiellen Erfordernissen unterordnet, dabei den Menschen erstickt, die Gesellschaft zersetzt und schließlich in den eigenen Spannungen und Exzessen steckenbleibt."

Zur Weltökonomie:

"Der Umfang des Problems führt uns zur Prüfung der Strukturen und Mechanismen im Bereich der Finanzen und des Geldwertes, der Produktion und des Handels, die mit Hilfe von verschiedenen politischen Druckmitteln die Weltökonomie beherrschen: Sie zeigen sich unfähig, die aus der Vergangenheit überkommenen Ungerechtigkeiten aufzufangen oder den Herausforderungen und ethischen Ansprüchen der Gegenwart standzuhalten. Indem sie den Menschen selbstverursachten Spannungen aussetzen, in beschleunigtem Tempo die Reserven an Grundmaterialien und Energie vergeuden und den geophysischen Lebensraum schädigen, bewirken sie, daß sich die Zonen des Elends mit ihrer Last an Angst, Enttäuschung und Bitterkeit unaufhörlich weiter ausdehnen..."

Die dramatische Situation wird noch dadurch verschärft, daß bessergestellte Gesellschaftsschichten sowie die reichen Länder, die Werte im Übermaß anhäufen und oft durch Mißbrauch von ihrem eigenen Reichtum krank werden, daran beteiligt sind. Das Fieber der Inflation und die Pflege der Arbeitslosigkeit sind weitere Symptome dieser schweren moralischen Unordnung auf Weltebene, die darum kühne und schöpferische Entscheidungen nötig macht, wie sie die Würde menschlichen Personen fordert.

Man wird auf diesem schwierigen Weg der unbedingt notwendigen Veränderung der Strukturen des Wirtschaftslebens nur dann Fortschritte machen, wenn eine wahre Umkehr der Mentalität, des Willens und des Herzens stattfindet. Die Aufgabe erfordert den entschlossenen Einsatz der Menschen und Völker in Freiheit und Solidarität."

Zum Nord-Süd-Problem:

"Diese Worte erhalten eine noch eindringlichere Mahnung, wenn wir daran denken, daß anstelle von Brot und kultureller Hilfe den neuen Staaten und Nationen, die zur Unab-

hängigkeit erwachen, mitunter große Mengen von modernen Waffen und Zerstörungsmitteln angeboten werden, die bewaffneten Auseinandersetzungen und Kriegen dienen sollen, welche in diesen Ländern nicht so sehr für die Verteidigung ihrer legitimen Rechte oder ihrer Souveränität notwendig sind, sondern vielmehr eine Form des Chauvinismus, des Imperialismus, des Neokolonialismus verschiedenster Art darstellen. Wir alle wissen, daß die Gebiete, in denen auf der Erde Elend und Hunger herrschen, in kurzer Zeit hätten fruchtbar gemacht werden können, wenn die ungeheuren Geldsummen anstatt für Waffen die dem Krieg und der Zerstörung dienen, zur Nahrungsmittelproduktion eingesetzt worden wären, die dem Leben dient."

Zu den Menschenrechten:

"Die Menschenrechtserklärung, die in Verbindung mit der Errichtung der Organisation der Vereinten Nationen erfolgte, hatte gewiß nicht nur das Ziel, sich von den fürchtbaren Erfahrungen des letzten Weltkrieges zu distanzieren, sondern sollte auch eine Grundlage für eine solche ständige Revision der Programme, Systeme und Regime schaffen, die unter diesem einzigen grundlegenden Gesichtspunkt zu geschehen hat, dem Wohl des Menschen, das heißt der Person in der Gesellschaft; dieses muß als Grundfaktor des Gemeinwohls das wesentliche Kriterium für alle Programme, Systeme und Regime bilden. Andererseits ist das menschliche Leben, auch in Friedenszeiten, zu verschiedenen Leiden verdammt; gleichzeitig damit entwickeln sich verschiedene Formen von Vorkriegsherrschaft, von Totalitarismus, Neokolonialismus, Imperialismus, die auch das Zusammenleben zwischen den Nationen gefährden. Es ist in der Tat eine bezeichnende Tatsache, die mehrmals durch die Erfahrung der Geschichte bestätigt worden ist, daß nämlich die Verletzung der Menschenrechte mit der Verletzung der Rechte der Nation Hand in Hand geht; mit ihr ist der Mensch ja durch organische Bande wie mit einer großen Familie verbunden."

Zum Wesen des Staates:

"Das Wesen des Staates als politischer Gemeinschaft besteht darin, daß die Gesellschaft, die ihn bildet, das Volk, Herr seines eigenen Geschickes ist. Dieser Sinn wird nicht verwirklicht, wo wir anstelle der Machtausübung mit moralischer Beteiligung der Gesellschaft des Volkes sehen, daß die Macht von einer bestimmten Gruppe allen anderen Gliedern dieser Gesellschaft aufgezwungen wird. Jenes Gemeinwohl, dem die Autorität im Staate dient, ist nur dann voll verwirklicht, wenn alle Bürger ihrer Rechte sicher sind. Andernfalls endet man beim Zusammenbruch der Gesellschaft, gelangt man zum Widerstand der Bürger gegen die Autorität oder zu einem Zustand der Unterdrückung, der Einschüchterung, der Gewalt, des Terrors, wovon uns die Totalitarismen unseres Jahrhunderts zahlreiche Beispiele gegeben haben. Auf diese Weise berührt das Prinzip der Menschenrechte zutiefst den Bereich der sozialen Gerechtigkeit und wird zum Maßstab für ihre grundlegende Überprüfung im Leben der politischen Institutionen."

Es wird eine wichtige Aufgabe sein, diese Aussagen mit den programmatischen Aussagen der deutschen Parteien und ihrer politischen Praxis in Beziehung zu setzen. Schon jetzt läßt sich absehen, daß das Godesberger Programm der SPD, das Grundwertepapier vom Sommer 1977 und auch der Orientierungsrahmen diese Vergleichung keineswegs zu scheuen brauchen. Im Gegenteil: Gerade in Punkten, die von konservativer Seite besonders angegriffen wurden, wird eine sehr weitgehende Übereinstimmung festzustellen sein. Wichtiger noch als die partielle Genugtuung über diesen Tatbestand, die fortbestehende Meinungsunterschiede in anderen Punkten keineswegs verdrängen soll, ist aber eine andere Feststellung: Die nämlich, daß der Papst nicht nur ermahnt, sondern daß er ermutigt, daß er den Menschen Hoffnung gibt.

(-/20.3.1979/hl/ca)

+

+

+

Unternehmer für staatliche Wirtschaftsförderung

Überraschende Einsichten des Industrie-Instituts

Von Peter Reuschenbach MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages

Angesichts so mancher "Warnungen vor dem Staat", die Unionspolitiker und Unternehmensverbandsfunktionäre bisher der sozialliberalen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik entgegen- gesetzt hatten, ist die jüngste Einsicht des Instituts der deutschen Wirtschaft, ver- öffentlicht in seinem Informationsdienst vom 8. März, eine mittelgroße Überraschung. In einer vergleichenden Untersuchung der Investitionstätigkeit in zwölf westlichen Ländern über das letzte Jahrzehnt hinweg kommt das Institut zu dem Ergebnis, "die gezielte öffentliche Investitionsförderung" zu loben, kritisch anzumerken, daß 1976 "zu früh Regierungen ihre Belebungsprogramme gekappt" hätten und daß die "seit Mitte 1978 zu be- obachtende Rückkehr zu einer investitionsfördernden Politik dafür sorgen (könne), daß es künftig etwas stärker aufwärts geht als bislang - immer vorausgesetzt, daß der neue Kurs beibehalten wird."

Wenn das kein "Ausrutscher" ist, dann handelt es sich fürwahr um eine fundamentale Fende der Einschätzung öffentlicher Mitverantwortung und staatlicher Einflußnahme auf das Wirtschaftsleben bei den Unternehmensverbänden. Leuten, die - wie der wirtschaftspoli- tische Sprecher der Union, Professor Biedenkopf - allein auf den Markt und seine An- reiz- und Sanktionswirkungen setzen, muß solches aus Unternehmensverbands-Mund wohl wie Verrat vorkommen.

Es kommt aber noch besser. Im Gegensatz zu all den Cassandra-Rufen aus den Reihen der Gegner der sozialliberalen Koalition vom "Zusammenbruch der Investitionstätigkeit" hier- zulande kommt die besagte Untersuchung zu dem überraschenden Schluß, daß allein in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland das Investitionstempo in den Jahren 1976 bis 1979 über dem der Vorkrisenzeit liegt, "so daß die Aussichten für ein angemessenes Wirt- schaftswachstum vergleichsweise günstig sein dürften". Wörtlich: "Lediglich in den USA und in der Bundesrepublik ist es gelungen, die Investitionstätigkeit wieder auf Touren zu bringen."

(Nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft betragen die durchschnittlicher jährlichen Veränderungen der realen Anlageinvestitionen in der Bundesrepublik im Zeit- raum 1969 bis 1973: + 4,5 Prozent; im Zeitraum 1974/75: - 7,1 Prozent und im Zeitraum 1976 bis 1979 + 5,5 Prozent).

Lob aus den Reihen früherer Kritiker ist sicher nicht immer Beweis dafür, auf dem rich- tigen Wege zu sein. Und vor allem: Ansteigende Investitionstätigkeit schafft nicht auto- matisch Vollbeschäftigung, weil Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen noch immer einen beträchtlichen Teil ausmachen.

Aber soviel kann gesagt werden: Seit dem 8. März 1979 hat ein Teil ihrer Urheber die "Mär vom Ersticken der Investitionsfähigkeit und -willigkeit durch sozialliberale Machen- schaften" aus dem Verkehr gezogen. Dem anderen Teil, der Union und ihren publizistisch tätigen Freunden, wird es künftig schwerfallen, sie weiterhin glaubwürdig vorzutragen.

(-/20.3.1979/hi/ca)

Die Meere der Menschheit dienlich machen !

Forderung zur 8. Session der III. UN-Seerechts-Konferenz

Von Horst Grunenberg MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Seerecht der SPD-Bundestagsfraktion

Die Entwicklung des neuen Meeresvölkerrechts durch die III. UN-Seerechts(schöpfungs)-Konferenz erwischt mit ihren restriktiven Formulierungen im ICNT nach der Fischerei, der Schifffahrt, der Tiefseetechnologie nun auch die wissenschaftliche Meeresforschung. Bereits im vergangenen Jahr hatte schon die Europäische Wissenschaftsstiftung in einer Entschließung signalisiert, daß die Grundlagenforschung durch überbürokratische Hemmnisse in den Wirtschaftszonen kaum noch möglich ist.

Die Senats-Kommission für Ozeanographie der Deutschen Forschungsgemeinschaft weist sehr zu Recht darauf hin, daß die bisherige internationale Kooperation in der Ozeanographie durch die neuen, die Forschung behindernde Rechtsnormen untergraben werden können, natürlich auch zum Schaden der Entwicklungsländer, die die härtesten Bedingungen auch gegen die Grundlagenforschung aufstellen. Die deutschen Meeresforscher appellierten an die Bundesregierung, bei den zukünftigen Konferenzrunden - die 8. Session begann am 19. März in Genf - ihre Belange stärker als bisher zu berücksichtigen.

Die Meeresforschung ist in der Tat kein unbedeutender Faktor, denn das Meer beeinflußt unser Leben weit mehr, als mancher ahnt. Die Komplexität aller Vorgänge im Meer wissenschaftlich weiter zu untersuchen, um Naturvorgänge zu deuten, wie vor Flutwellen zu warnen, Seebebenherde zu erkunden, Orkane oder Taifune rechtzeitig zu erkennen, veränderte Strömungen zu erforschen, die Zusammenhänge von Flora und Fauna im Ökosystem weiter zu untersuchen, Umweltverschmutzungen und ihre Ursachen zu erkunden und viele Dinge mehr sind schon wichtig. Vieles läuft gerade in den Schelfgebieten der Kontinente ab und kümmert sich nicht um die von Menschen gesetzten Grenzen.

Die Mehrheit der Konferenzteilnehmer, die Entwicklungsländer, bleiben unerbittlich. Tief sitzt die Abneigung gegen die reichen Industrieländer, die sich den "Luxus" der Meeresforschung erlauben können, und dies sind nicht ganz viele.

Teilweises Unverständnis von der Notwendigkeit solcher Forschungen, gepaart mit Mißtrauen, ob die "Burschen" nicht auch etwas anderes wollen, zum Beispiel Rohstoffe suchen oder militärische Erkundungen betreiben, macht die Konferenzmehrheit störrisch gegenüber den Wünschen nach mehr Bewegungsfreiheit. Konferenzkenner wußten, daß hier mancher Stein aus dem Wege zu räumen ist.

Man muß davon ausgehen, daß die Staaten der Dritten Welt im Prinzip in der Freiheit der Meere das Sinnbild des Kolonialismus, Kapitalismus, Imperialismus, Liberalismus, der Hegemonie sehen. Von den 156 Teilnehmerstaaten der Seerechtskonferenz kommen 110 aus der Dritten Welt. Diese Teilnehmer solidarisieren sich fast automatisch, wenn in den Verhandlungen über Texte Formulierungen eingebracht werden, die den Anschein erwecken, daß eines der vorgenannten Sinnbilder sich bestätigen könnten.

Für die Meeresforschung ergibt sich das Dilemma, daß diese Forschung nur von einem Teil, der reichen Industrieländer, in effizienter Form betrieben wird beziehungsweise werden kann, also eines der Sinnbilder dokumentiert.

Allerdings spielen die Interessen der beiden Supermächte, wie bei allen Konferenzproblemen, eine große Rolle. Während die UdSSR die größte Forschungsflotte der Welt unter ihrer Flagge laufen hat, ist bei den USA mit ihren traditionellen pazifischen Interessen-

bereichen wohl das größte Forschungspotential weniger an Schiffen dafür an Instituten zu verzeichnen. Beide Mächte lassen sich nicht die Butter vom Brot nehmen und Schwellenländer wie Indien und Argentinien haben ebenfalls die Wichtigkeit der Meeresforschung erkannt.

Für die deutsche Meeresforschung besteht natürlich bei langfristig geplanten Programmen eine große Rechtsunsicherheit, und die Fragen des Tiefseebergbaus haben in der Tat alle anderen Konferenzprobleme überschattet. Es ist aber kaum anzunehmen, daß die internationalen Forschungsprogramme auf Eis gelegt werden. So werden sicherlich zum Beispiel die Bestimmung der "outer edge"-Linie bei der Festlandsockelgrenze außerhalb der 200 Seemeilen-Zone eine Aufgabe sein, auf die man sich schon einstellen sollte.

Der gesamte Bereich des antarktischen Seegebietes stellt große Aufgaben:

- Das "Ocean Deep Sea Drilling"-Projekt unter Federführung der USA darf nicht vernachlässigt werden.
- Die Untersuchung der Umweltbeeinflussung durch die Erzschlammförderung im Roten Meer muß durchgeführt werden.
- Kenntnisse über ökologische Zusammenhänge in der Ostsee und Nordsee müssen weiter gesammelt werden.
- Die Fischereiforschung in der Nordsee, wichtig für unsere Fischerei (Laichgebiete, Bestandsaufnahmen und anderes mehr) ist bis heute noch völlig ungenügend.
- Der Aufbau der Fischereiforschung in Argentinien kann als Folge mit sich bringen, daß die Untersuchungen der geologischen Strukturen zum Beispiel des Patagonien-schelfs gewünscht wird.
- Mit Neuseeland beginnt die wissenschaftlich kommerzielle Fischereiforschung, weitere Kooperationen geologischer Art zeichnen sich ab.
- Demnächst beginnt das wissenschaftlich kommerzielle Fischereiprojekt mit den Seychellen, wobei zu bemerken ist, daß weitere Meeresforschungen im Seegebiet der Inselrepublik von der dortigen Regierung nicht abgelehnt würden.
- Die internationalen Fischereiforschungsprogramme im Nordatlantik und vor der US-kanadischen Küste laufen ebenfalls weiter.

Die deutsche Meeresforschung hat noch mit einem Nachfrageansturm in der Beratung und Ausführung von Forschungen in fremden Wirtschaftszonen zu rechnen, die die schon heute fast erreichten Kapazitätsgrenzen personeller und technischer Art weit überfordern wird; ebenso wie die Ausbildungsmöglichkeiten für Wissenschaftler aus Drittländern.

Die Verhaltensmerkmale der Erdkruste unter den Ozeanen sind uns nicht viel mehr bekannt als das Äußere des Jupiters nach den letzten Daten und Bildern der US-Raumsonden.

Die reiche Bundesrepublik hat in der Meeresforschung einen guten Ruf in der Welt. Es sollte zumindest angeregt sein, daß die Bundesregierung durch Mittelbereitstellung die Möglichkeit zum Bau und der Betreibung eines "schwimmenden Forschungs- und Arbeitsgerätes" schafft, das in etwa Aufgaben erfüllen kann, wie sie dem US-Forschungsschiff "Glomar Explorer" möglich sind.

Das ist nicht Größenwahn, wie man meinen könnte, sondern es fördert den guten Ruf der Bundesrepublik in der Welt und wäre ein wesentlicher Beitrag, um das "Gemeinsame Erbe der Menschheit" - die Meere unseres Planeten - dem Wohle der ganzen Menschheit dienlich zu machen im Sinne der Grundidee der III. UN-Seerechtskonferenz. Wir sind schon heute dazu aufgerufen!

(-/20.3.1979/vo-hc/ca)